



EUROPÄISCHE KOMMISSION

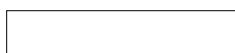
Brüssel, 6.5.2024
C(2024) 3237 final

Seine Exzellenz
Herr José Manuel Albares Bueno
Minister für auswärtige
Angelegenheiten, Europäische
Union und Zusammenarbeit
Plaza del Marqués de Salamanca,
8 28006 Madrid, Spanien

Betreff: Notifizierung 2024/0052/ES

**Vorentwurf des Königlichen Dekrets zur Durchführung des
Gesetzes 18/2022 vom 28. September 2022 über die Gründung und das
Wachstum von Unternehmen im Hinblick auf die elektronische
Rechnungsstellung zwischen Unternehmen und Fachleuten.**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**



im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535⁽¹⁾ haben die spanischen Behörden der Kommission am 2. Februar 2024 den Vorentwurf des „Königlichen Dekrets zur Durchführung des Gesetzes 18/2022 vom 28. September 2022 über die Gründung und das Wachstum von Unternehmen im Hinblick auf die elektronische Rechnungsstellung zwischen Unternehmen und Fachleuten“ (der notifizierte Entwurf) übermittelt.

Gemäß der Notifizierungsmitteilung der spanischen Behörden zielt der notifizierte Entwurf darauf ab, die verschiedenen Anforderungen und Merkmale der neuen Verpflichtung zur elektronischen Rechnungsstellung zwischen Unternehmen und Selbstständigen (B2B) gemäß Artikel 2a des Gesetzes 56/2007 vom 28. Dezember 2007 über Maßnahmen zur Förderung der Informationsgesellschaft festzulegen.

¹ () Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (kodifizierter Text), ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Mit dem notifizierten Entwurf wird die Verpflichtung eingeführt, elektronische Rechnungen, die zwischen Unternehmen und Fachleuten ausgetauscht werden, mit fortgeschrittenen elektronischen Signaturen zu unterzeichnen und private Plattformen für den Austausch elektronischer Rechnungen mit fortgeschrittenen elektronischen Signaturen im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 910/2014⁽²⁾ zu betreiben.

In dem notifizierten Rechtsakt bezieht sich der Begriff „Unternehmer oder Fachleute“ sowohl auf juristische als auch auf natürliche Personen.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs, die sich auf den der Kommission am 2. Februar 2024 vorgelegten Text beschränkt, hat die Kommission veranlasst, folgende Bemerkungen abzugeben:

1. Über die Verwendung fortgeschrittener elektronischer Signaturen zur Gewährleistung der Authentizität und Integrität beim Austausch elektronischer Rechnungen.

Mit dem Verordnungsentwurf wird die Verpflichtung eingeführt, elektronische Rechnungen, die zwischen Unternehmen und Fachleuten ausgetauscht werden, mit fortgeschrittenen elektronischen Signaturen zu unterzeichnen und private Plattformen für den Austausch elektronischer Rechnungen mit fortgeschrittenen elektronischen Signaturen im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 zu betreiben.

Aus der im Verordnungsentwurf festgelegten Verpflichtung kann kein Verstoß gegen EU-Recht abgeleitet werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich der Begriff „Unternehmer oder Fachleute“, wie er im spanischen Entwurf eines Rechtsakts definiert ist, sowohl auf juristische als auch auf natürliche Personen bezieht, während in der genannten Verordnung (EU) Nr. 910/2014 der Begriff der „elektronischen Signatur“ nur für natürliche Personen gilt.

„Elektronische Siegel“ dienen als Nachweis dafür, dass ein elektronisches Dokument von einer juristischen Person elektronisch unterzeichnet wurde, was die Sicherheit der Herkunft und Integrität des Dokuments gewährleistet.

Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 ist ein „Unterzeichner“ eine natürliche Person, die eine elektronische Signatur erstellt. Ferner bezeichnet ein „Zertifikat für elektronische Signaturen“, das für die Generierung der im notifizierten Entwurf genannten fortgeschrittenen elektronischen Signaturen erforderlich ist, eine elektronische Bescheinigung, die elektronische Signaturvalidierungsdaten mit einer natürlichen Person verbindet und zumindest den Namen oder das Pseudonym dieser Person bestätigt.

Die oben genannte Verordnung enthält ähnliche Konzepte, die mit juristischen Personen verbunden sind. So bezieht sich ein „Siegelersteller“ auf eine juristische Person, die ein elektronisches Siegel erstellt, und ein „Zertifikat für elektronische Siegel“ bezeichnet eine elektronische Bescheinigung, die elektronische Siegelvalidierungsdaten mit einer juristischen Person verbindet und den Namen dieser Person bestätigt. Aufgrund der möglichen Rechtswirkung der Bezugnahme auf die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 bei gleichzeitiger Verwendung von Konzepten, die nicht exakt den in der EU-Verordnung festgelegten entsprechen, empfiehlt die Europäische Kommission daher dringend, die Begriffe „fortgeschrittene elektronische Signaturen oder Siegel“ anstelle von

² (Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG.

„fortgeschrittene elektronische Signaturen“ im Text zu verwenden, um Unklarheiten zu vermeiden, da Letzteres nur für natürliche Personen gilt und juristische Personen ebenfalls die Aussteller elektronischer Rechnungen sein können.

Die Kommission fordert die spanischen Behörden auf, die oben genannten Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut nach seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

Ich verbleibe, Exzellenz, hochachtungsvoll

Für die Kommission

Roberto Viola
Generaldirektor für
Kommunikationsnetze, Inhalte und
Technologien